

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

25. Jahrgang Nr. 9/2017

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



AM 24. SEPTEMBER DIE LINKE WÄHLEN FÜR MEHR SOZIALE SICHERHEIT IM BUNDESTAG

Warum DIE LINKE wählen: Wir haben klare Vorstellungen davon, was wir wollen. Bei uns ist klar, wofür wir stehen. Das ist nicht selbstverständlich, weil es bei anderen längst nicht klar ist. Zentral sind dabei nicht einzelne Maßnahmen, kleinere Korrekturen, die für manche etwas besser machen, sondern ein Reformprogramm, unser Vorschlag für eine gerechtere Gesellschaft, der auf einen Bruch mit drei Jahrzehnten neoliberaler Politik abzielt und die Arbeits- und Lebensbedingungen der meisten verbessern würde.

aus dem	Kreistagsbeschlüsse werden Realität	S. 2
Inhalt:	Petition an den Landrat.....	S. 3
	Berufsschule erhalten.....	S. 5
	Briefe.....	S. 6

DIE LINKE.

www.dielinke-vogtland.de

WENN KREISTAGSBESCHLÜSSE LEBENSREALITÄT WERDEN

Vielen Hausbesitzerinnen und Besitzern im Vogtlandkreis flatterte in den letzten Tagen ein Schreiben des Landkreises ins Haus. Dieses bezieht sich auf die kürzlich im Kreistag beschlossene neue Abfallsatzung des Vogtlandkreises.

Mit dem Schreiben sollen die Grundstückseigentümer festlegen, welche und wie viele Mülltonnen im Jahr 2019 benötigt werden. Das Ganze wird verbunden mit dem Hinweis, dass dann geprüft werden kann, ob die Restmülltonne vier Mal im Jahr geleert wird, sowie die Biotonne sechs Mal im Jahr. Die elementare Frage, nach der Höhe der Gebühren, beantwortet das Schreiben jedoch nicht. Unter dem Punkt: „Wer zahlt ab 2019 die Abfallgebühren?“, wird lediglich die Frage beantwortet, wer die unbekannte Zeche zahlen soll.

Janina Pfau Kreisvorsitzende der LINKEN stellt fest: „Die CDU hat aus wahlkampfaktischen Gründen keine Gebührensatzung zur neuen Abfallwirtschaftssatzung beschließen wollen. Jetzt sollen die Bürgerinnen und Bürger schon mal ihre neuen Tonnen bestellen, obwohl sie noch nicht einmal wissen, was sie dieses zukünftig kosten wird. Auch bleibt die Frage offen, was mit den Tonnen geschehen soll, die aktuell vor den vogtländischen Häusern stehen? Vielleicht eine kostenpflichtige Entsorgung dieser Gleichen?“

Da ab 2019 eine Kontrolle der Anzahl der Leerungen stattfinden wird, bedeutet dies jetzt für Menschen, die bisher Müll vermieden haben, kreativ zu sein und zu überlegen, was man denn zukünftig noch in die Restmülltonne werfen könnte. Denn die Alter-

native hieße, dass man eine leere Tonne abgeben muss und natürlich trotzdem bezahlen muss. Ein umweltbewusstes Verhalten, welches zur Müllvermeidung animiert, fördert das sicher nicht.

Für uns bleibt bestehen, dass der Beschluss über die neue Abfallwirtschaftssatzung dem Kauf einer „Katze im Sack“ gleichkommt. Nur leider zahlen die Zeche zum Schluss die Bürgerinnen und Bürger des Vogtlandkreises, anscheinend scheint das aber vielen Kreisrätinnen und Kreisräten egal zu sein, sonst hätten sie dieser neuen Satzung nicht zugestimmt, ich selbst habe es nicht. Leider ist ein solches bürgerunfreundliches Verfahren mittlerweile zum Normalfall im Landkreis geworden.“~

DIE LINKE SAMMELT UNTERSCHRIFTEN GEGEN DIE ABFALLSATZUNG IM VOGTLANDKREIS

Als bei der Kreistagssitzung vor der Sommerpause die neue Abfallsatzung ohne die dazugehörige Gebührensatzung beschlossen wurde, warnte die Fraktion der LINKEN, dass dies der „Katze im Sack“ gleich käme. Einem Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung, bis eine gerechte Gebührensatzung vorläge, stimmte jedoch eine Mehrheit, vor allem aus CDU und SPD im Kreistag nicht zu.

Resultat der neuen Abfallsatzung ist ein Schreiben des Amtes für Abfallwirtschaft an die Grundstücksbesitzer. In diesem Schreiben, wird dazu aufgefordert, jetzt schon die Anzahl und Größe der zukünftigen Mülltonnen festzulegen. Das alles aber ohne einen Hinweis, wie viel die einzelne Tonne kosten wird. Aus wahlkampfaktischen Gründen hatte die Verwaltung auch keine Gebührenordnung zur Entscheidung im Kreistag vorgelegt. Sehr verwundert sind die Bürgerinnen und Bürger darüber, dass in dem Schreiben auch die blaue Tonne (Papiertonne) abgefragt wurde, obwohl zu dieser gar keine Änderungen in der Satzung vorgenommen wurden.

„Das Amt muss mit dem Inkrafttreten der Satzung fast alle Mülltonnen im Vogtlandkreis austauschen. Die neue Satzung sieht eine Abrechnung der Leerungen mittels eines an den Tonnen befestigten Transpondersystems vor. Die Einhaltung der vorgesehenen Pflichtleerungen soll damit ebenfalls überwacht werden. Was nun aber die ökonomisch sinnvollste Tonne für jeden Haushalt ist, können die Bürgerinnen und Bürger angesichts der vier Pflichtleerungen mangels Gebührensatzung gar nicht wirklich entscheiden.“ meint Henry Ruß, Kreisrat der LINKEN.

Kreisvorsitzende und Kreisrätin Janina Pfau hält fest: „Auf unsere Bedenken und Einwände wollte der Landrat ebenso wenig eingehen wie die Koalition aus SPD und CDU. Die Bürgerinnen und Bürger im Vogtland hatten keinerlei Chance, ihre Bedenken und Wünsche für die neue Satzung einzubringen. Wir wollen ihnen aber jetzt die Möglichkeit geben, sich durch eine Petition an den Landrat Gehör zu verschaffen. Wir haben jetzt Unterschriftenlisten für eine solche Petition erstellt. Diese kann man online

unter www.dielinke-vogtland.de/petition herunterladen, an allen unseren Infoständen unterschreiben bzw. in unserer Kreisgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 49, 08523 Plauen abholen.“

„Wir hoffen natürlich, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sich beteiligen, damit Landrat Keil die Notwendigkeit erkennt, Einwohnerversammlungen zum Thema Abfallsatzung durchzuführen und dem Kreistag zeitnah eine geänderte Satzung mit dazugehöriger Gebührensatzung zur Beschlussfassung vorzulegen. Nur wenn Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen umfassend einbezogen werden, tragen sie diese auch mehrheitlich mit. Der bisherige Weg ist weit davon entfernt.“ ergänzt LINKEN Kreisrat Henry Ruß ~

Petition an den Landrat

zur Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzung des Vogtlandkreises

Bis zum **15.10.2017** zurücksenden an:
DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen

DIE LINKE.
Kreisverband Vogtland

Am 15.06.2017 beschloss der Kreistag des Vogtlandkreises eine neue Abfallwirtschaftssatzung, **ohne** die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und umfassend über die daraus resultierenden Folgen und sie betreffenden sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Belange zu informieren, **ohne** eine Gebührenkalkulation vorzulegen und **ohne** Ziele und Anreize für die Vermeidung von Abfällen sowie für verursachergerechte Abfallgebühren festzulegen.

Die Unterzeichner fordern, dass der Landrat seiner Informations- und Unterrichtspflicht und dem Umweltinformationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger entsprechend noch im Herbst 2017 beginnend Informationsveranstaltungen im gesamten Vogtland durchführt, auf denen mit der Bevölkerung die Satzung beraten wird und Anregungen, Hinweise und Kritiken von dieser eingebracht werden können. Auf Grundlage dieser Anregungen und Hinweise ist die Abfallwirtschaftssatzung zu überarbeiten und erneut dem Kreistag zusammen mit der Abfallgebührensatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die im Juni 2017 beschlossene Abfallwirtschaftssatzung wurde größtenteils hinter verschlossenen Türen und ohne Information und Diskussion in der Öffentlichkeit erstellt. Trotz Aufforderung durch Kreisräte wurde keine öffentliche Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern geführt. Das verstößt gegen § 10 (2) der Landkreisordnung. Zudem lag zur Beschlussfassung trotz Aufforderung keine Gebührenkalkulation vor, so dass keine Aussagen zu den zukünftigen finanziellen Belastungen gemacht werden konnten.

In der Satzung sind keinerlei Ziele und Anreize zur Abfallvermeidung festgelegt, obwohl das aktuelle europäische, bundesdeutsche und sächsische Abfallrecht die große Bedeutung der Abfallvermeidung festschreiben und die Kommunen als die wichtigsten Akteure der Abfallvermeidung benennen. In der Einführung von vier Pflichtentleerungen sehen wir einen groben Verstoß gegen diese rechtlichen Vorschriften.

Name	Vorname	Anschrift	PLZ	Ort	Datum	Unterschrift
1						
2						
3						
4						
5						
6						

Petition an den Landrat
zur Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzung des Vogtlandkreises

Bis zum **15.10.2017** zurücksenden an:
DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen



Name

Vorname

Anschrift

PLZ Ort

Datum

Unterschrift

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

BERUFSSCHULSTANDORT ERHALTEN, AUCH FÜR RESTAURANT- UND HOTELFACHLEUTE

In der vergangenen Woche wurde bekannt, dass aufgrund von lediglich zwei fehlenden Anmeldungen der Ausbildungszweig für Restaurant- und Hotelfachleute an der BSZ Anne Frank Außenstelle Falkenstein durch das Kulturministerium gestrichen wird.

Die LINKE Stadträtin und Listenkandidatin zur Bundestagswahl Käty Mothes aus Falkenstein erklärt dazu:

„Ich finde es absolut unverständlich, wie man im Herzen einer Tourismusregion wie dem Vogtland den dazugehörigen Berufsschulzweig schließen kann. Zusätzlich wurde vor einigen Wochen erst behauptet, dass die Berufsschule mit allen Ausbildungsgängen weiterhin bestehen bleibt.“

Die Schließung ist ein Schlag ins Gesicht unserer Region und wird den Fachkräftemangel in der Tourismuswirtschaft sicher nicht verbessern. Azubis, die sich für eine Ausbildung in der Hotellerie oder Gastronomie entschieden haben, müssen sich schon im Bezug auf ihre Arbeitszeiten oft flexibel zeigen, jetzt sollen diese auch noch einen längeren Weg zur Berufsschule in Kauf nehmen. Hier ist auch anzumerken, dass die Fahrkosten nicht im vollen Umfang übernommen werden und die AZUBI´s dann neben dem langen Weg zur Berufsschule auch eine Kostensteigerung in Kauf nehmen müssen. Für eine nachhaltige Entwicklung unserer Region als Tourismusdestination muss der Standort in Falkenstein unbedingt geschützt werden.

Als Stadträtin liegt mir natürlich auch unsere Stadt am Herzen. Die Berufsschule gehört mit ihren Schülerinnen und Schülern zum Stadtleben und -bild. Ein Streichen eines Bildungszweiges darf nicht der Anfang vom Ende der Berufsschule sein.

Wenn wir junge Menschen im Vogtland halten wollen, dann muss es auch weiterhin möglich sein, dass diese hier eine Berufsschule besuchen können. Dass der Landrat wochenlang niemanden darüber informiert hat, ist nicht hinnehmbar. Vielleicht wollte man dieses bis nach der Wahl verheimlichen, um keine Wählerstimmen zu gefährden. Mit der LINKEN wird es keine Schulschließungen oder Schließungen von Ausbildungsgängen in der Berufsausbildung geben.“~



ERST POLIZEI KÜRZEN UND JETZT WUNDERN...

Plauen diskutiert über die Sicherheit in der Innenstadt. Ursache, Wirkung und Lösung kommen hier aber mehr als nur durcheinander.

„Erst den Koch rauswerfen und dann wundern, wenn die Küche kalt bleibt! So oder so ähnlich könnte man das Verhalten der CDU beschreiben.“ betont LINKEN Stadtrat André Hegel.

„Seit 25 Jahren regiert die CDU in Sachsen, damit bestimmt sie auch seit 25 Jahren den Stellenplan der Polizei.“

Jetzt versucht man den Scherbenhaufen mit Videoüberwachung zu retten. Kameras im öffentlichen Raum sind nicht nur datenschutzrechtlich bedenklich, sondern verhindern auch keine Straftaten. Auch die Aufklärungsquote steigt nicht durch solche Einrichtungen, das haben verschiedene Städte bewiesen“, so Hegel weiter.

Die Linksfraktion lehnt die vorgeschlagenen Maßnahmen der CDU nach Videoüberwachung und Alkoholverbot am Tunnel in Plauen ab.

„Der Stadtrat sollte eher auf Prävention und Kommunikation setzen. Eine Verbotskultur, wie es die CDU fordert, wird die Probleme sicher nicht lösen, aber verlagern. Das Angebot an Jugendarbeit auszubauen, zusammen mit Projekten die alternative Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, sind hier erfolgsversprechendere Mittel. Hier müssen Stadt, Kreis und das Land Mittel zur Verfügung stellen.“ ergänzt Stadtrat Hegel.~

GEBEN WIR DIE ERSTSTIMME UNSEREM DIREKTKANDIDATEN MAIK SCHWARZ UND DIE ZWEITSTIMME DER LINKSPARTEI

Am 25. Juli stellte die „Freie Presse“ den Senkrechtstarter der Linken Maik Schwarz als Direktkandidaten vor und zeichnete von ihm das Bild eines verantwortungsvollen Familienvaters und eines erst vor 3 Jahren in die Politik eingetretenen Bürgers, der um eine friedliche Zukunft fürchtet und sich u.a. für mehr soziale Gerechtigkeit für die Menschen einsetzt. So fordert er einen Mindestlohn von 12.-€, um vielen durch eigene Arbeit eine armutsfreie Rente zu ermöglichen.

Aus Sicht eines Seniors möchte ich zum Thema Renten- und Versorgungsgerechtigkeit einige Gedanken äußern, die nicht nur Senioren und Seniorinnen, sondern auch Geringverdiener/Hartz 4 – Empfänger, Armutsgefährdete etc. zwingend veranlassen müssten, zur Bundestagswahl im September zu gehen und die Linkspartei zu wählen.

Eigentlich haben alle Bürger/Innen viele Gründe, dem Weiter so von Frau Merkel eine Abfuhr zu erteilen und die wachsende Armut einerseits und den ständig zunehmenden Reichtum andererseits zu stoppen sowie eine friedliche Politik einzufordern.

Das Dilemma begann bereits vor 27 Jahren, denn statt einer Wiedervereinigung auf Augenhöhe wurden wir DDR-Bürger/Innen nach Artikel 23 Grundgesetz (GG) in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert und schrittweise zu Bundesbürgern 2. Klasse degradiert. Im Absatz 1 des Artikels 1 GG heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Bis in die Gegenwart werden wir DDR-Bürger auf vielfältige Weise diskriminiert und in unserer Würde verletzt. So forderte zum Beispiel Justizminister Kinkel am 23.9.1991 auf dem 15. „Deutschen Richtertag“ von seinen Richtern, „das SED-Regime zu delegitimieren“. In der

Praxis folgte eine Welle der Verfolgung von Staatsträgern der DDR!

Als 2. Beispiel möchte ich auf den Gleichheitsgrundsatz gemäß Artikel 3 GG verweisen, der nach wie vor für uns DDR-Bürger/Innen nicht gilt. Im Einigungsvertrag steht geschrieben, dass gleiche Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern bis Mitte der Neunziger Jahre herzustellen und die Renten Ost an die Westrenten anzupassen sind. Tatsache aber ist, dass trotz dreimaliger Kritik durch den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen weder die Ostlöhne das Lohnniveau des Westen erreichten noch die Ostrenten an die Westrenten angeglichen wurden und das trotz mehrfacher Versprechungen. Über 20 Jahre wurden die Senioren/Innen durch den Staat bestohlen und auch gegenwärtig fehlen noch 4,3 % zum Westniveau. „Großzügig“ verkündete die große Koalition aus CDU/CSU und SPD als Erfolg, die Renten Ost an West in kleinen Schritten, beginnend im Jahr 2018, bis zum Jahre 2025 anzugleichen. Welch ein Hohn! Auf dem Leipziger Seniorentag im Juni 2011 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel versprochen, die Rentenangleichung bis zum Ende ihrer Legislatur im Jahre 2013 zu vollziehen. Geschehen ist nichts! Also hat die Pfarrerstochter gelogen und das ganz bewusst. Nur allein für diese Täuschung der Wähler verdient Frau Merkel einen Denkmalsatz! Schon Platon hatte vor über 2000 Jahren mit den Politikern seine Erfahrung gemacht:

„Die schlimmste Art der Ungerechtigkeit ist die vorgespilte Gerechtigkeit.“

Auch uns wird von den Herrschenden die Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf die Gesetzeslage als Musterbeispiel eines demokratischen Rechtsstaates vorgespilte. Aber was nutzen uns gute Gesetze, wenn sie nur für die Altbundesbürger gelten und nicht auch für uns Ostdeutsche. So

wurde uns die im Einigungsvertrag formulierte gleichberechtigte rechtliche Stellung schrittweise bis in die Gegenwart verwehrt, d.h. wie es die Juristen formulieren, es ist in Deutschland eine „geteilte Rechtsprechung oder Rechtsstaatlichkeit“ entstanden und zwar zum Nachteil der Ostdeutschen. Ich verweise auf die Mütterrente, die für Ostmütter im Vergleich zu den Westmüttern geringer ausfiel.

Die Linkspartei ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die seit jeher sich für die Interessen der Ostdeutschen einsetzte und immer wieder entsprechende Anträge im Bundestag einreichte, die stets aber von den Regierungsparteien abgelehnt wurden.

Wer wünscht, dass die Linke weiterhin im Bundestag ihrer Oppositionsrolle gerecht werden kann, wer für eine friedliche Politik eintritt, wer möchte, dass die Anpassung der Renten Ost an West einschließlich der Mütterrente bereits in den Jahren 2018 und 2019 erfolgt, der Mindestlohn auf 12.- € angehoben und das noch bestehende Versorgungs- und Rentenunrecht überwunden wird sowie das Fakultativprotokoll zum internationalen Pakt über soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte schnellstmöglich ratifiziert und in Kraft gesetzt wird, damit UNO-Recht innerdeutsches Recht wird, der unterstütze den Wahlkampf der Linkspartei und gebe ihr die Erst- und Zweitstimme.

Die Linke – Dietmar Bartsch und Gregor Gysi – riefen vor ein paar Tagen zur Schaffung einer „Allianz für Ostdeutsche“ auf. Diesem Aufruf kann ich meine Zustimmung geben. Schaffen wir diese Allianz mit dem Ziel, zur Bundestagswahl 10 % plus X zu erreichen!

Karl-Heinz Jaensch



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
15. September 2017

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de



MILITANTE LINKE - WIE STEHEN WIR ZU IHNEN?

Eine Nachbetrachtung zu Hamburg

Ist militante Gewalt als Mittel linker Politik berechtigt? Diese Frage bewegt Linke schon immer, besonders aber nach Bildern wie denen von Frankfurt 2015 und Hamburg 2017 oder von Vorabenden des 1. Mai in Berlin Kreuzberg oder Leipzig Connewitz. Brennende Barrikaden und Autos, Demonstranten, die Steine auf Menschen werfen, Fenster zerschlagen, Geschäfte plündern brachten in Hamburg den Gegengipfel und die große bunte friedliche Demonstration weitgehend um ihre öffentliche Wirkung und rückten die Auseinandersetzung mit Inhalten des G20-Gipfels in den Hintergrund!

Michael Brie wirbt in seinem Artikel "Ideologie der 'Namenlosen'" (nd vom 31.07.2017) leidenschaftlich dafür, dass die Linke die militanten linken Aktivisten ernst nimmt: politisch wie ideologisch, strategisch wie taktisch. Die Distanzierung von den Gewaltexzessen in Hamburg - deren Urheber bei weitem nicht nur bekennende Linke waren! - genügt nicht: zu fragen ist dabei zum Beispiel, was die verübten Widerstandsaktionen autonomer Linker von denen krimineller Randalierer in Hamburg unterschied. Eine Reduktion der Hamburger Randalie und Brände auf Kriminalität und strategische Ideologie würde eine Auseinandersetzung mit dem Gesellschaftsverständnis, den politischen Zielen, der Strategie und den Taktiken der autonomen Linken verzichtbar machen. Ich meine: Das würde die strategische und politische Debatte der Linkspartei und der außerparlamentarischen

linken Opposition unzulässig verengen und unsere Aktionskraft schmälern.

Eine endgültige Einschätzung der Demonstration "Welcome to Hell" ("Willkommen in der Hölle") durch das Bündnis ihrer Organisatoren habe ich noch nicht finden können. In einer Presseerklärung vom 8. Juli schrieben sie, dass sie ihr Ziel erreicht hätten: Der G20-Gipfel konnte nicht ungestört und reibungslos ablaufen, und die Berichterstattung wurde überlagert von Schilderungen der Straßenaktionen. Zur Einschätzung der Aktionen im Schanzenviertel schrieben sie, dass sie noch nicht zu einer gemeinsamen abschließenden Einschätzung gekommen seien, sie wollten aber anmerken: "Es lässt uns ... nicht unberührt, wenn am gestrigen Abend in der Schanze eine Dynamik entstand, die von dort anwesenden oder wohnenden Menschen als Bedrohung wahrgenommen wurde und offenbar auch bedrohliche Situationen produziert hat." In der Presseerklärung teilten sie als ihre grundsätzliche Haltung mit, dass sie sich nicht auf den vielzitierten friedlichen Protest reduzieren lassen wollen: "Zielgerichtete Militanz ist für uns eine Option und ein Mittel, um über eine rein symbolische Protestform hinauszukommen und direkt und wirksam in Ereignisse, Prozesse und Entwicklungen verändernd einzugreifen." Hier wäre natürlich zu fragen, mit welcher Wirkung sie verändernd in Entwicklungen eingegriffen haben: Konnten sie durch ihre Aktionen die politischen Kräfteverhältnisse in Richtung einer gerechteren und solidari-

scheren Gesellschaft verändern? Oder erreichten sie, dass sich mehr Menschen von linken Bewegungen und Parteien distanzieren? In Umfragen verlor DIE LINKE nach Hamburg an Zustimmung!

Trotzdem mahnt Michael Brie: "Die Linksautonomen sind politisch wie geistig Fleisch vom Fleisch der Linken - historisch wie aktuell. Verwandtschaft kann man sich nicht aussuchen. Die militanten Autonomen verstehen sich links und werden mit Recht auch so wahrgenommen. Gerade deshalb ist eine eigene Positionsbestimmung so wichtig" (nd, ebenda, Hervorhebung von mir).

Also fragen wir danach, worin autonome Linke die Hauptübel des gegenwärtigen Kapitalismus sehen, was für eine Gesellschaft sie sich als Ziel vorstellen und wie diese erreicht werden soll! Hören wir ihnen zu, wenn sie erklären, wie sie die Wirkungen ihrer militanten Aktionen in Frankfurt und Hamburg einschätzen! Diskutieren wir mit ihnen über die Frage, ob diese Aktionen sie und uns ihrem und unserem Ziel einer gerechten Gesellschaft näher bringen oder ob sie nicht dieses Ziel in noch weitere Ferne rücken. Suchen wir aber vor allem nach Gemeinsamkeiten!



Monatlich authentische Informationen
aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

www.jungewelt.de/granma

Dorothea Wolff

PLASTIKMÜLL IM MEER

eine von Menschen verursachte Naturkatastrophe!

Unsere Meere werden zur Müllkippe – Fische und Seevögel sterben mit Plastik im Magen. Endlich will die EU-Kommission gegen die Plastik-Flut vorgehen. Doch bisher sind die Pläne dürftig, und die Kunststoff-Industrie versucht, sie noch weiter zu verwässern obwohl sich die drohende Katastrophe bereits deutlich abzeichnet.

Ein Wal strandet in Norwegen, er ist vollkommen abgemagert. In seinem Bauch: 30 Plastiktüten. An Plastik verhungert – so ergeht es auch jeden Tag unzähligen Seevögeln, Schildkröten und Fischen. Sogar in winzig kleinen Partikeln ist Plastik eine Gefahr für das gesamte Ökosystem: Mikroplastik bleibt für Jahrhunderte in der Natur, Tiere nehmen es auf – so landet es auch auf unserem Teller. Selbst im menschlichen Blut ist Plastik nachweisbar..

Europa ist weltweit der zweitgrößte Plastik-Produzent – bis jetzt. In den kommenden Wochen entwirft die EU-Kommission ihre Plastik-Strategie Das könnte ein großer Wurf werden oder eine herbe Enttäuschung. Wenn man an das Dieselmuschel denkt, kann man nur sagen. "Die Botschaft hör ich wohl, doch allein mir fehlt der Glaube!

Dieter Riedler

ROTFUCHS REGIONALGRUPPE PLAUEN LÄDT EIN

Am Dienstag, den 17. Oktober 2017 um 15:00 Uhr spricht der langjährige Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE Chemnitz,

Genosse Raimon Brete zum Thema: "Die Ergebnisse der BUNDESTAGSWAHLEN 2017 – sich ergebende Schlußfolgerungen"

Ort:
Jugendherberge "Alte Feuerwache"
Neundorfer Str. 3 ;08525
Plauen

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Unter

www.dielinke-vogtland.de/presse

finden Sie den jeweilig vorgesehnen Erscheinungstag des Vogtlandboten. Ebenso eine digitale Ausgabe. So können Sie sich aktuell und als Erste informieren!

Hier können Sie auch vorhergehende Ausgaben nachlesen!

Bedenken Sie bitte, dass sowohl die Erstellung als auch die Verteilung der Papierausgabe nur durch ehrenamtliche Helfer erfolgen. Somit kann sich eine Zustellung in Ihrem Briefkasten auch mal etwas verzögern. Und – die Druckausgabe könnten Sie dann auch Nachbarn oder Bekannten weitergeben!

GESCHICHTSFORUM 100 JAHRE RUSSISCHE REVOLUTION WAS WAR UND WAS BLEIBT 100 Jahre russische Revolutionen- Last und Chance für Linke

Referent:

Historiker Dr. Stefan Bollinger aus Berlin sein.

Ort:

Reichenbach/V., Gaststätte
„Altdeutsche Landschänke“,
Zwickauer Straße 188

Zeit:

Donnerstag, 21. September 2017,
17.00 bis 19.00 Uhr (Einlass ab 16.30
Uhr)

Das Geschichtsforum ist eine gemeinschaftliche Veranstaltung des Geschichtsvereins „Freundeskreis Max Hoelz e.V.“ und des „Vogtländischen Seniorenkollegs Reichenbach e.V.“.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare die über 80 Jahre jung werden:

W. Hüttner	Falkenstein	16.09.
H. Stölzel	Reichenbach	22.09.
E. Hirthe	Auerbach	23.09.
M. Beger	Reichenbach	24.09.
W. Burkhardt	Plauen	28.09.
E. Rott	Rodewisch	29.09.
L. Figura	Elsterberg	04.10.
W. Kulla	Zwickau	05.10.
E. Pauli	Reichenbach	05.10.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT ?!

"Im Jahr 2016 wurden in Deutschland täglich durchschnittlich 121 Millionen Liter Diesel abgesetzt."

Quelle: Statistische Bundesamt

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.08.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.09.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.